

POLIZEI

Abbiegeunfall
in Dautphetal:
Seat rammt Seat

Dautphetal. Ein 76-Jähriger aus Dautphetal befuhr am Donnerstagmorgen mit einem Seat die Gladenbacher Straße in Richtung Wolfgruben. Als er nach links in die Hauptstraße abbog, geriet er dabei zu weit auf die linke Fahrbahn und stieß mit seinem Auto gegen einen im Einmündungsbereich stehenden Seat einer 53-jährigen Steffenbergerin. Nach Angaben der Polizei beträgt der Schaden 2300 Euro.

Großes Treffen
der Konfirmanden
in Kirchvers

Kirchvers. An diesem Sonntag findet um 10 Uhr in der evangelisch-lutherischen Kirche von Kirchvers ein Kirchspielgottesdienst mit Feier des heiligen Abendmahls statt. Anlass sind die folgenden Konfirmationsjubiläen: goldene Konfirmation des Konfirmandenjahrgangs 1958, diamantene Konfirmation des Konfirmandenjahrgangs 1948, eiserne Konfirmation des Konfirmandenjahrgangs 1943 und die Gnadenkonfirmation des Konfirmandenjahrgangs 1938.

Die Konfirmationsjubilare treffen sich um 9.30 Uhr bei der Kirche. Mitgestaltet wird der Gottesdienst vom Kirchverser „Singkreis“.

VdK veranstaltet
Wanderung

Bottendorf. An diesem Samstag veranstaltet die VdK-Ortsgruppe Bottendorf für alle Mitglieder, Freunde und Interessierten eine Wanderung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein am „Alten Friedhof“ im Gartenweg in Bottendorf. Die Wanderung startet um 13 Uhr am Busparkplatz, nicht Wanderbegeisterte kommen ab 15 Uhr direkt zum „Alten Friedhof“. Bei schlechtem Wetter findet die Veranstaltung im Gemeindehaus im Gartenweg statt.

Der Tatbestand des „ekelerregenden“ Geruchs, der den Anliegern zum Himmel stinkt,

Gießerei Blöcher will sich mehr öffnen

Situation zwischen europaweit agierendem Unternehmen und Biedenkopfer Initiative ist angespannt

Biedenkopf. Die Anwohner der Gießerei Blöcher fühlen sich belästigt. Der Geschäftsführer will die Gießerei „öffnen“, eine Dauermessung kommt aber nicht in Frage.

von Silke Pfeifer-Sternke

In Biedenkopf ist es vor allem der Geruch der Gießerei Blöcher, der den Anliegern zusetzt, und die Angst vor einer Gesundheitsgefährdung. Ihnen stinkt es, deshalb haben sie im Juni 2007 die „Initiative gegen Gießereiabgase“ gegründet. Laut den Gründern der Initiative sollen sich darin 200 Gleichgesinnte zusammengeschlossen haben.

Die Situation ist angespannt. Die Anlieger fühlen sich hintergangen, da 1998 der Bau eines „atypischen Leichtgießereibetriebes“ beantragt worden war, der nur Probeteile in geringer Stückzahl fertige. Nach den Angaben der Initiative war von drei Fertigungstagen pro Woche die Rede.

Gießerei Blöcher ist Entwicklungspartner

Die Gießerei Blöcher produziert heute fünf Tage pro Woche in der Tagschicht. Sie stellt Einzelfertigungen her. „Wir sind Entwicklungspartner für die Automobilindustrie“, sagt Gießerei-Geschäftsführer Jürgen Blöcher. 80 Prozent der Produktion fertigt die Gießerei Blöcher für die Automobilindustrie. Es handelt sich um Produktionsteile, die in Autos integriert werden, die erst in ein bis zwei Jahren auf den Markt kommen. „Wir arbeiten mit den Kunden an intelligenten Lösungen“, erklärt der Firmenchef. Manchmal sind es bis zu 30 Teile, die in die Erprobungsphase gehen, manchmal auch wesentlich weniger. Die Gesprächssituation mit der Initiative bezeichnet Blöcher als Kampf gegen Windmühlen.

Der Tatbestand des „ekelerregenden“ Geruchs, der den Anliegern zum Himmel stinkt,



Die Gießerei Blöcher ist bei einigen Anliegern in der Kritik, weil sie Schadstoffe und unangenehme Gerüche ausstoßen soll. Die Geschäftsleitung betont dagegen: Alle Messwerte unterschreiten die erlaubten Mengen bei weitem.

lässt sich nur schwer ermitteln. Die subjektiven Eindrücke lassen sich nicht messen. Doch genau das bezweifeln die Mitglieder der Initiative. Sie fordern eine Dauermessung am Kamin der Gießerei, um den Schadstoffausstoß zu kontrollieren. Dem Betreiber werfen sie vor, für die im Turnus von drei Jahren gesetzlich vorgeschriebenen Messungen Vorkehrungen zu seinen Gunsten zu treffen. Schließlich zahle der Geschäftsführer für die Messung. Den Vorwurf weist Blöcher zurück. Beauftragt werde ein staatliches Institut, und zum

Tag der Messung sei die Voraussetzung, dass die Produktion auf „Vollast“ laufe. Nur so könnten adäquate Daten ermittelt werden.

„Wir messen deutlich mehr Parameter, als der Gesetzgeber auferlegt, und wir bewegen uns im gesetzlichen Rahmen“, betont Blöcher. Er verweist darauf, dass die Belastung nur 20 Prozent der zulässigen Werte erreicht. Der von den Betreiberdeführern der Initiative als intensiv und unangenehm wahrgenommene Geruch sei für ihn nicht feststellbar. In Zusammenarbeit mit dem Um-

weltamt habe er versucht herauszufinden, was die Nachbarschaft als störend empfindet. Die fühlt sich derart belästigt, dass sie im Sommer nicht die Fenster öffnen kann. Freizeitaktivitäten im Garten seien nur eingeschränkt möglich, selbst das Obst von den Bäumen habe einen merkwürdigen Geschmack.

Mehr noch als den Geruch fürchten die Mitglieder der Initiative um ihre Gesundheit. Auf ihrer Homepage veröffentlichen sie Informationen über die „Ursache und Giftigkeit“ von Gießereiabgasen. Von toxischen, stinkenden Abgasen

wie Benzole, Furane, Formaldehyd und Dioxinen ist die Rede. Nach eigenen Angaben leiden die Betroffenen „immer wenn es stinkt“ unter anderem an Hautrötungen, Reizungen der Atemwege und brennenden Augen.

Geschäftsführer lehnt Dauermessung ab

Aus Blöchers Sicht besteht kein kausaler Zusammenhang zwischen dem unangenehmen Geruch und einer Gesundheitsbeeinträchtigung. Die Mitarbeiter kämen während der Produktion mit Metallsand und den Hilfsstoffen in Kontakt. Es seien bei ihnen bisher keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgetreten.

Das Regierungspräsidium (RP) Gießen nimmt die Beschwerden der Anlieger ernst, fand bisher aber keine Ursache. Die Gießerei halte die Geruchsimmissionsrichtlinie ein, wonach die Anlieger einen Jahresmittelwert von 15 Prozent hinnehmen müssten, heißt es von Seiten des RP. Dennoch habe man am runden Tisch mit allen Betroffenen nach Lösungen gesucht.

Obwohl Unternehmer Jürgen Blöcher beim jüngsten Gespräch im Biedenkopfer Rathaus nicht anwesend war, will er etwas tun, damit die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung steigt. Er will die Gießerei „öffnen“, damit man sich ein Bild von der Arbeiten des europaweit agierenden Unternehmens vor Ort machen kann. Eine Dauermessung kommt für ihn aber nicht in Frage.

„Wir produzieren auf dem neuesten Stand der Technik und der Ablauf ist standardisiert“, sagt er. Seit 2003 ist der Betrieb zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2000, zudem arbeitet das Unternehmen nach einem Umweltmanagementsystem. „Wir sind auf der Höhe der Zeit. Wir arbeiten ordentlich und sauber“, begründet er seine ablehnende Haltung zu der von der Initiative gegen Gießereiabgase geforderten Dauermessung.

Sanierung oder doch Traglufthalle?
Biedenkopfer Parlament lässt prüfen

Prüfantrag einstimmig verabschiedet · Nur CDU ist gegen Sanierung

Biedenkopf. Eine Entscheidung in der Bäderfrage haben die Stadtverordneten am Donnerstagabend erneut verschoben: auf den 4. September.

von Silke Pfeifer-Sternke

Mit einem Änderungsantrag von CDU, SPD, BB und UBL sowie der Stadtverordneten Volkhard Ferchland und Helena Leinweber (beide FDP) wird der Magistrat beauftragt, die Kosten für eine Bestandssanierung des Hallenbades im Stadtteil Wallau und einer Traglufthallenlösung gegenüberzustellen. Dieser Antrag war das Ergebnis eines interfraktionellen Gesprächs, um eine Übergangslösung zu finden, bis in der Stadt Biedenkopf wieder ein funktionsfähiges Hallenbad bereitgestellt werden kann. Derzeit ist eine neue Variante im Gespräch: eine interkommunale Lösung.

Die Stadtverordneten gehen davon aus, dass eine Umsetzung 10 bis 15 Jahre dauern könnte. Der Prüfantrag wurde dennoch einstimmig verabschiedet, weil man hofft, durch eine Kooperation mit Nachbargemeinden und durch die Beantragung von Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes Hessen ein solches Projekt schultern zu können. Die einstimmig verabschiede-



Im Januar 2007 gingen die Wallauer zuletzt auf die Straße, um für den Erhalt ihres Hallenbades zu demonstrieren.

11 Monate Haft für Apothekeneinbrüche

Angeklagter auch mit Drogen erwischt

von Stefan Weisbrod

Biedenkopf. Ein 45-Jähriger musste sich am Donnerstag vor dem Biedenkopfer Amtsgericht verantworten. Wegen zweifachen Einbruchs sowie Drogenbesitzes wurde er zu elf Monaten Haft verurteilt.

Dem Mann wurde vorgeworfen, im März und im Juli 2007 in Biedenkopfer Apotheken eingebrochen zu sein, um Betäubungsmittel zu stehlen. Beim ersten Mal habe er nichts aus den Geschäftsräumen entwendet, erklärte die Staatsanwältin. Als zwei Polizisten ihn kurz darauf festnahmen, hätten diese Betäubungsmittel bei ihm gefunden. Bei der zweiten Tat sei er beobachtet worden. „Die gerufenen Polizisten haben ihn noch am Tatort in Gewahrsam genommen.“ Bei den Taten habe er unter dem Einfluss von Alkohol und Betäubungsmitteln gestanden.

Weiterhin wurde dem gelittenen Schlosser zur Last gelegt, Ende Oktober des vergangenen Jahres alkoholisiert mit seinem Fahrrad unterwegs gewesen zu sein und zwei Polizisten, die ihn kontrollieren wollten, beleidigt und angegriffen zu haben. „Die spätere Blutkontrolle hat einen Alkoholwert von 2,42 Promille ergeben“, sagte Richter Wolf Winter. Er regte an, das Verfahren in diesem Punkt einzustellen: „Die dafür zu erwartende Strafe würde im Hinblick auf die weiteren angeklagten Taten nicht wesentlich ins Gewicht

Fraktionschef die Kosten in Höhe von 1,5 Millionen Euro für eine Minimalsanierung des Wallauer Hallenbades ins Spiel. Doch er betonte auch: „Rücken die Kosten für eine Traglufthalle in die Nähe dieser Zahlen, besteht auch für diese Variante keine Chance.“

Zustimmung erhielt Engelbach von der FDP. Auch für Volkhard Ferchland scheidet eine Bestandssanierung aus. Joachim Thiemig (SPD) ist enttäuscht darüber, dass zum einen eine Entscheidung in der Bäderfrage bis auf weiteres nicht fällt und dass sich CDU

und FDP gegen eine Bestandsanierung des Wallauer Bades aussprechen.

„Ein bisschen Bauchschmerzen“ bei der Zustimmung zum Antrag hatte Heinz Olbert, Fraktionsvorsitzender der BB. „Der Antrag weckt Hoffnung in der Öffentlichkeit. Je länger wir prüfen und diskutieren, umso unglaublichwerden wir“, gab er zu bedenken. Deshalb stellte er fest: „Im September müssen wir eine Entscheidung treffen.“ Ansonsten sei es durchaus denkbar, dass seine Fraktion einen Antrag stellt, dass es kein Hallenbad gibt.

fallen“, begründete Winter seinen Vorschlag, dem die Staatsanwältin und der Verteidiger des 45-Jährigen zustimmten.

Der Angeklagte, der die Taten sofort einräumte und sich mehrfach dafür entschuldigte, sitzt wegen anderer Straftaten eine elfmonatige Freiheitsstrafe in Frankfurt-Preungesheim ab. „Erst im Gefängnis ist mir klar geworden, was für einen Mist ich da gebaut habe“, sagte der 45-Jährige. Seit Haftbeginn bekomme er nur noch Antidepressiva, gab er an. Vorher habe er „fast alles genommen, was zu bekommen war“.

Winter verzichtete nach dem Geständnis des Mannes auf die Befragung der sechs geladenen Zeugen. Er schlug vor, den Angeklagten wegen der beiden Einbrüche und des Besitzes der Drogen zu einer Freiheitsstrafe von elf Monaten zu verurteilen. Winter deutete an, dass der 45-Jährige seine Haftzeit unterbrechen könnte, um eine stationäre Drogentherapie zu absolvieren: „Die Zeit der Therapie könnte dann auf die Strafe angerechnet werden.“

Da alle Parteien mit dem Vorschlag des Richters einverstanden waren, verkündete Winter das Urteil. Nach dem Urteilspruch empfahl Winter dem Angeklagten, nach der Haft den Kontakt zu seinen Bekannten aus dem Drogenmilieu zu meiden. Außerdem lud er den 45-Jährigen ein, ihn im Gericht zu besuchen – „aber bitte nicht mehr als Angeklagter“.